



Kriegsökonomien und ihr Bezug zu Europa

von Laurent Goetschel

Menschen verfolgen nicht nur noble Ziele. Die Politikwissenschaft geht davon aus, dass menschliches Verhalten weitgehend interessengesteuert ist, wobei sowohl immaterielle als auch materielle Interessen eine Rolle spielen. Letzteren kommt zuweilen sogar die grösste Bedeutung zu. Um dies festzustellen, braucht man keineswegs Marxist zu sein. Es reicht ein Blick auf sogenannte „Kriegsökonomien“ (*war economies*): Dieser Begriff beschreibt ökonomische Strukturen, die im Umfeld von Gewaltkonflikten entstehen und sich festigen, je länger der Konflikt anhält. Sie können auch das Ende der militärischen Auseinandersetzung überdauern und gefährden damit anlaufende Friedensprozesse. Grosse Teile der jeweiligen Bevölkerungen bleiben direkt oder indirekt von ökonomischen Strukturen abhängig, die im Schatten der Auseinandersetzung entstanden sind.

Die blutige Geiselnahme in Beslan hat einen Konflikt in Erinnerung gerufen, der seit Jahren vor sich hin schwelt. Obwohl der Krieg in Tschetschenien vor allem ethnisch und politisch begründet wird, bestehen auch wirtschaftliche Interessen an dessen Aufrechterhaltung: So hat der illegale Handel mit Öl in Tschetschenien seit dem Ausbruch des Krieges drastisch zugenommen. Jede Stunde verschwindet in Tschetschenien schätzungsweise ein mit 10'000 Liter Öl gefüllter Tankwagen, der unter unvorstellbaren Bedingungen raffiniert und illegal in benachbarte Länder exportiert wird. Der illegale Handel mit Öl in Tschetschenien ist eines von vielen Beispielen dafür, wie sich die wirtschaftlichen Strukturen eines Landes mit dem Krieg verändern - und damit eine friedliche

Lösung nach dem Ende des Krieges erschweren.

Am 15. September organisierte die Stiftung swisspeace in Bern eine Tagung zu diesem Thema und fragte insbesondere nach den Möglichkeiten, dem Entstehen solcher Ökonomien entgegenzuwirken und existierende Kriegsökonomien zu transformieren (cf. NZZ 16.9.04, S. 25). Zwei Dozierende und eine Assistentin des Europainstituts nahmen an dieser Tagung teil. Worin besteht denn der Bezug zwischen Europa und solchen Ökonomien?

Zunächst entstehen solche Ökonomien vielfach in Staaten mit schwachen Institutionen und schwindender Staatsgewalt. Diese sogenannten „*failing states*“ finden sich besonders oft in Afrika, und es handelt sich zumeist um Staaten, die früher europäische Kolonien waren. Die beiden bekanntesten Beispiele sind die Demokratische Republik Kongo und Somalia. Es ist auch kein Zufall, dass die EU in solchen Ländern oft besonders engagiert ist, denn die ehemaligen Kolonialmächte haben in der Regel darauf geachtet, dass ihre historisch „privilegierten“ Beziehungen zu solchen Ländern durch „besondere“ Beziehungen zur EU ergänzt wurden. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kommt dies in den Cotonou- (und früheren Lomé-) Abkommen zum Ausdruck. Der EU kommt folglich in den Bemühungen zur Transformation solcher Kriegsökonomien eine besondere Bedeutung zu. Ein weiterer Bezugspunkt besteht darin, dass wichtige Finanzplätze, über die Finanzflüsse aus solchen Ökonomien abgewickelt werden, sich in Europa

befinden, und die OECD eine prominente Rolle im Aufbau von Standards im Kampf gegen Korruption und Geldwäscherei spielt. Als Mitglied der OECD, aber auch als Finanzplatz, ist damit auch die Schweiz impliziert. Und dadurch vermischt auch die Trennlinie zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern: Die Schweiz ist durch die potenziell negativen Folgen solcher Kriegsökonomien genauso betroffen wie die Mitgliedstaaten der EU. Und sie ist ebenso wie die EU-Staaten gefordert, etwas dagegen zu unternehmen – vielleicht sogar noch mehr.

Keineswegs soll damit behauptet werden, dass die Veränderung solcher Ökonomien ein leichtes Unterfangen sei. Gerade deswegen ist jedoch ein koordiniertes Vorgehen staatlicher, privater und internationaler Akteure gefragt, inner- und ausserhalb der EU, und auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene.

Wissenschaftlich gesehen ist die politische Antriebskraft ökonomischer Prozesse von grossem Interesse. Schliesslich ist die europäische Integration in ihrem Kern auch ein wirtschaftlicher Prozess, rechtlich abgestützt und mit politischen Grundsatzentscheidungen und Meilensteinen versehen. Aus der Analyse der europäischen Integration ergibt sich etwa die Frage, wie sich ökonomische Beziehungen zwischen ehemaligen Kriegsparteien anstatt zur Stützung des Konfliktes als Integrations- und damit als Versöhnungsfaktor einsetzen lassen? Oder es stellt sich die Frage, inwiefern die EU als weltweit grösster Akteur im Bereich der humanitären Hilfe und internationalen Zusammenarbeit (europäische und nationale Komponenten addiert), aber auch als grösste „Handelsnation“ ihre wirtschaftliche Macht für die Umgestaltung von Kriegsökonomien einsetzen kann?

Diese wenigen Fragen deuten das Forschungs- und Handlungspotenzial nur an. Das Europainstitut wird sich in Zukunft forschungsmässig verstärkt mit solchen Fragestellungen auseinandersetzen, die geographisch die Grenzen des alten Kontinents sprengen, inhalt-

lich gesehen jedoch zutiefst mit ihm verbunden sind. Im Lehrbereich bildet der in diesem Herbst beginnende Schwerpunkt „conflict and development“ im Rahmen des bestehenden Master-Programms das entsprechende Standbein.

lizeiliche Personenkontrollen im Hinterland. Etlichen Befürchtungen der Öffentlichkeit hält Prof. Koller entgegen, dass die Grenzkontrollen nicht wegfallen, sondern lediglich *umgebaut* werden. Da die Schweiz nicht in der europäischen Zollunion ist, werden nach wie vor Grenzkontrollen durchgeführt, jedoch nur Waren betreffend. In diesem Zusammenhang wird es auch weiterhin zu Personenkontrollen kommen. Er bestätigt aber, dass *systematische* Personenkontrollen an den Grenzen mit dem Beitritt zu Schengen nicht mehr möglich sind, doch würden bereits heute 40 Prozent aller Personenkontrollen im Hinterland durchgeführt. Laut Koller wird es demnach keine enormen Veränderungen der Grenzkontrollen geben. In diesem Zusammenhang sieht er auch keine Gefährdung der inneren Sicherheit – im Gegenteil: er ist davon überzeugt, dass mit dem Beitritt zum Schengen-Raum die Sicherheit deutlich erhöht wird. Dazu trägt ganz entscheidend die internationale Zusammenarbeit im Polizeibereich bei, wobei v.a. die Mitbenützung des sogenannten SIS (Schengen Information System) als Vorteil hervorgehoben wird. Neben Fragen der Sicherheit hat das Abkommen auch einen ökonomischen Aspekt. Prof. Koller hob die Bedeutung des Schengen-Visums (Kurzzeit-Visum) für den Schweizer Tourismus hervor: bislang mussten zum Beispiel asiatische Europa-Reisende ein zweites Visum extra für die Schweiz erwerben – diese Hürde fällt mit dem Schengen-Visum weg und diejenigen Touristen können ganz Europa bereisen, inklusive der Schweiz. Der Wegfall dieses Hindernis' dürfte sich laut des Direktors des Bundesamtes für Justiz positiv auf den Wirtschaftszweig Tourismus auswirken.

Das Dublin-Abkommen hingegen betrifft Regelungen im Asylbereich. Für die Schweiz läge die fundamentale Änderung darin, dass sogenannte Zweit-Asylgesuche in der Schweiz nicht mehr möglich sein werden. Prof.

Bilaterale II: das Dossier Schengen / Dublin



„Schengen vs Seldwyla: es betrifft uns alle!“

Vortrag von Prof. Heinrich Koller, Direktor des Bundesamtes für Justiz, im Rahmen der GV des Fördervereins

von Annina Bürgin, Assistentin

Seldwyla – das Dorf liegt in einem Tal, von Bergen umringt und von einer Stadtmauer umschlossen, die dafür sorgt, dass niemand hinein und keiner hinaus kann; Seldwyla ist von der Welt abgesondert, stellt eine „in sich geschlossene Einheit“ dar. Professor Koller ist überzeugt, dass die Schweiz einem solchen von Gottfried Keller skizzierten Bild entsprechen würde, tritt sie nicht dem Schengen/Dublin-Abkommen im Rahmen der Bilateralen II bei – und die Vorstellung einer solchen Schweiz behagt dem Direktor des Bundesamtes für Justiz nicht.

Am Mittwoch, dem 1. September 2004, sprach Prof. Koller in einem berstend vollen Saal über Schengen/Dublin. Dieses ist eines von insgesamt neun Dossiers im Rahmen der sogenannten Bilateralen II. Herr Koller betonte, dass eine zweite Runde bilateraler Verträge auf Grund eines Begehrens der EU eingeleitet wurde, wobei die zentralsten Anliegen seitens der EU einerseits in der Zinsbesteuerung und andererseits in der Betrugsbekämpfung der indirekten Steuern lagen. Prof. Koller unterstrich, dass die Schweiz sich nur unter drei Bedingungen auf die neuen Verhandlungen einliess: erstens sollen nicht nur Dossiers diskutiert wer-

den, die der EU wichtig sind. So wollte die Schweiz vor allem über einen Beitritt zum Schengen/Dublin-Raum verhandeln und die sogenannten „left overs“ der Bilateralen I in die Diskussion aufnehmen. Zweitens sollen die Verhandlungen parallel laufen und alle Abkommen als Paket abgeschlossen werden. Und drittens wies die Schweiz ausdrücklich daraufhin, dass der Finanzplatz Schweiz, insbesondere das Bankgeheimnis, gewahrt bleiben muss. Die Bilateralen II wurden schliesslich im Juni 2004 paraphiert.

Schengen/Dublin ist also nur eines von insgesamt neun Abkommen – aber ein für die Schweiz zentrales Dossier, so Koller. Bei Schengen geht es grundsätzlich um Sicherheitsanliegen; die neuen Massnahmen bringen vor allem Erleichterungen im Reiseverkehr, weil systematische Personenkontrollen an den Grenzen wegfallen. Um die innere Sicherheit eines Staates dennoch zu garantieren, werden sogenannte kompensierende Ausgleichsmassnahmen eingeführt. Darunter versteht man vorwiegend mobile, po-

Exkursion: Luxemburg und Brüssel

(Fortsetzung von S.2)

Koller unterstrich die Wichtigkeit dieser neuen Regelung für die Schweiz, indem er aufzeigte, dass heute gut 20 Prozent aller Asylgesuche in der Schweiz solche Zweit-Asylgesuche sind. Mit dieser neuen Massnahme würde das Asylwesen entlastet.

Schliesslich griff Heinrich Koller die Frage eines möglichen Referendums auf. Da das fakultative Referendum höchst wahrscheinlich ergriffen wird, ist das Szenario möglich, wonach die einen Abkommen eher in Kraft treten als andere. So schätzt Prof. Koller es als realistisch ein, dass das Abkommen Schengen/Dublin, auf Grund der Referendumsabstimmung, später als die anderen Dossiers abgeschlossen und somit auch später in Kraft treten wird.

Studienreise ins Herz der EU

von Barbara Stähler, Studentin

Nur noch eines mussten wir erledigen, am Montag morgen, 5. Juli, bis wir zu unserer Studienreise nach Luxemburg und Brüssel aufbrechen konnten – die WTO-Prüfung: Inländerprinzip, GATT und Meistbegünstigungsklausel liessen uns schwitzen. Nach rund zwei Stunden Multiple choice Fragen konnte es dann los gehen. Gegen zwei Uhr nahmen wir – ein gutes Duzend Studierende begleitet von Orlando Budelacci, Brigitte Gruber und Sabine Hofer – den Zug nach Luxemburg und kamen rund drei Stunden später an unserem Bestimmungsort an. Nach einem Entspannungsdrink und einem guten Essen zogen wir uns ins Hotel zurück. Am Dienstag morgen starteten wir relativ früh. Zuerst stand der Europäische Gerichtshof (EuGH) und dann der Rechnungshof auf dem

Programm. Taxis brachten uns zum EuGH, einem grossen pompösen Gebäude. Überhaupt – es stellte sich heraus, dass alle Gebäude der Europäischen Union gewaltig, pompös meist mit vielen Fahnen bestückt sind. Im EuGH erhielten wir dann unter anderem eine Einführung in einen aktuellen Gerichtsfall, den wir dann live mitverfolgen konnten. Nach einem kurzen Mittagessen statteten wir dem Europäischen Rechnungshof einen Besuch ab.

Nach diesen vielen Informationen knurrte der Magen und der Kopf war vollgestopft mit Fakten und Anekdoten. Wir mussten zurück zum Hotel, um die Koffer zu holen, dann zum Bahnhof zu laufen und unsere knurrenden Magen zu beruhigen. Gegen drei Stunden rollte unser Zug, bis wir endlich in Brüssel angekommen waren: im Grossen und Ganzen eine ruhige Zugfahrt.



(Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel)

Ein Portemonnaieraub, auf den eine spektakuläre Verfolgungsjagd durch den Zug folgte, die dann mit einem Sturz von Täter und Opfer auf dem Perron endete, lieferte uns genügend Gesprächsstoff für den Abend. In Brüssel angekommen «schleppten» wir uns ins Hotel. Einige von uns rundeten den Tag mit einem chinesischem Abendessen und belgischem Bier ab.

Auch am Mittwoch hatten wir ein volles Programm vor uns. Zuerst waren wir bei Economiesuisse zu

Gast, dem Schweizer Dachverband der Wirtschaft. Die Aufgabe des Economiesuisse-Delegierten Theo Zijdenbos in Brüssel ist es, Informationen zu sammeln, weiterzugeben und Kontakte zuknüpfen. Zijdenbos sprach Klartext mit uns: Für die Schweizer Wirtschaft komme ein EU-Beitritt zurzeit nicht in Frage, der bilaterale Weg sei die beste Lösung. Am Nachmittag besuchten wir die Kommission, die in einem alten Kloster untergebracht ist. Faszinierend. Beeindruckend war auch das Donnerwetter von einem Vertreter der EU-Delegation, welcher bei den Verhandlungen mit der Schweiz über die Bilateralen II dabei war. Er war wenig begeistert vom ausgehandelten Resultat. Ebenso wenig machte er einen Hehl daraus, was er vom Alleingang der Schweiz halte: nämlich gar nichts. Ein Platzregen erschwerte uns den Heimweg ins Hotel. Ausgerüstet mit blauen Plastikpelerinen der Kommission marschierten wir Richtung Metro. Auch diesen Tag rundeten wir kulinarisch ab: mit marokkanisches Essen. Da am nächsten Tag das Programm etwas später begann, dauerte der abendliche Umtrunk etwas länger. Am Donnerstag morgen wurden wir von der Schweizer Mission empfangen und dann war noch ein Parlamentsbesuch vorgesehen. Danach hiess es: ins Hotel zurück, Koffer holen und zum Bahnhof laufen. Bevor wir uns in den Zug setzten, genossen wir jedoch noch die typischen belgischen Waffeln mit Puderzucker und Schokoladensauce.



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Abgänge

In diesen Tagen sind die Assistenzen von **Orlando Budelacci** (Institutsleitung) und **Christoph Doktor** (Politikwissenschaft) zu Ende gegangen. Orlando hat eine Stelle als Geschäftsführer der Phil.Hist. Fakultät der Universität Luzern angetreten, Christoph begibt sich auf den Endspurt seiner Dissertation. **Guido Barsuglia** (Wirtschaftswissenschaften) gibt ebenfalls seine Assistenz auf, um sich vermehrt seiner Dissertation widmen zu können.

Ernennung

Rolf Weder, Leiter des Departements Ökonomie des Europa-Instituts, hat einen verantwortungs- und ehrenvollen Ruf als Studiendekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät erhalten und wird inskünftig beide Funktionen zum Wohle beider Seiten kombiniert wahrnehmen.

Neue Mitarbeiter

Es ist uns gelungen, diese „Abgänge“ durch ausgezeichneten neuen „Zugängen“ zu ersetzen. Annina, Didier und Ulf seien hier herzlich willkommen geheissen.

Annina Bürgin, Assistentin Politikwissenschaft, hat an den Universitäten Bern und Lyon Politikwissenschaft und Europa/Internationales Recht studiert. Ihre Lizentiatsarbeit schrieb sie im Bereich der Internationalen Beziehungen zum Thema Internationale Strafgerichtsbarkeit. Ihr Interesse gilt sowohl den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen Union als auch der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU. Zudem befasst sie sich mit verschiedenen Themen der Konfliktforschung.

Ulf Lewrick, Assistent Wirtschaftswissenschaften, hat zuerst bei der Deutschen Bundesbank gearbeitet und in der bankeigenen Fachhochschule Betriebswirtschaftslehre studiert. Anschliessend absolvierte er an der Universität Frankfurt/Main das Studium der Volks-

wirtschaftslehre, welches er im September 2004 erfolgreich abschloss. Seine Schwerpunkte lagen vor allem in der Makroökonomie im Allgemeinen und in der europäischen Geldpolitik im Besonderen.

Didier Plaschy, Assistent der Institutsleitung, hat in Fribourg und Bordeaux Geschichte und Philosophie studiert. Er schreibt eine Lizentiatsarbeit zur metahistorischen Debatte über Faktizität und Fiktionalität in historischen Werken. Seine Hauptinteressen liegen im Bereich der Kultur-, Ideen- und Mentalitätsgeschichte. Zudem beschäftigt er sich mit politischen Theorien und analytischer Ethik.



Europa-Institut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Veranstungshinweise

15. - 16. Oktober 2004, 2-tägige Konferenz in Basel

„Türkei - Emanzipation vom Nationalismus?“

Konferenz der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen.

Ziel der Tagung ist die gemeinsame Reflexion über die Ausprägung des türkischen Nationalismus im 20. Jahrhundert sowie über die Voraussetzungen und Entwicklungen hin zur Emanzipation von beharrlichen nationalistischen Mustern, die die Entwicklung einer offenen, multikul-

turellen Gesellschaft bisher behinderten.

Diese Tagung findet sowohl im Uni Hauptgebäude als auch im Orientalischen Seminar statt.

18. Oktober 2004, 18.15

„The Constitutional Treaty: Devil in the Details“

Prof. Dr. Richard Baldwin,
Graduate Institute of International Studies, HEI, Genf
Öffentlicher Vortrag im Museum der Kulturen, Aula, Basel

Upcoming Events

10. November 2004, 18.30 (sic!)

„Altersvorsorge zwischen Demografie und Kapitalmarkt“

Prof. Heinz Zimmermann
Öffentlicher Vortrag, Europa-Institut Basel

22. November 2004, Tagung „Parallelimport und der Schweizer Pharmamarkt - Analyse und Bewertung“

Veranstaltung vom Europa-Institut der Universität Basel, in Zusammenarbeit mit dem WWZ-Forum. Bitte anmelden.